

Optimistin

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat keinen leichten Stand. In vielen Hauptstädten wird seine Legitimität unterminiert. Russland behält sich vor, Urteile aus Straßburg durch die eigene Justiz prüfen zu lassen. Aus Ankara hieß es kürzlich, man fühle sich an die Rechtsprechung nicht gebunden. Seit Jahren wird in London laut darüber nachgedacht, Straßburger Entscheidungen als unverbindliche Empfehlungen anzusehen. Und auch in Deutschland ist zu hören, der Gerichtshof dehne die Menschenrechtskonvention übermäßig aus.

Diesen Widerständen muss sich künftig Anja Seibert-Fohr stellen. Die Heidelberger Völkerrechtlerin wurde gerade zur neuen deutschen Richterin am Europäischen Gerichtshof gewählt. "Ich bin Optimistin", sagt Seibert-Fohr dieser Zeitung. "Wer mit Menschenrechten zu tun hat, darf den Glauben nicht aufgeben, dass man etwas bewirken kann - obwohl die Lage vielerorts zum Verzweifeln ist." Anfeindungen von Staaten, denen Menschenrechtsverletzungen attestiert wurden, sind für Seibert-Fohr nichts Neues. Fünf Jahre saß sie im Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, der darüber wacht, dass sich die Staaten an die Rechte des Pakts über bürgerliche und politische Rechte halten. Ihr Rezept lautete: "Beständigkeit, Hartnäckigkeit und solides Arbeiten."

Das soll auch für die Tätigkeit in Straßburg gelten. "Die Staaten des Europarats haben sich darauf geeinigt, dass die Menschenrechtskonvention unabdingbare Grundlage ist. Darauf muss der Gerichtshof pochen, hier ist kein Raum für Kompromisse." Allerdings dürften sich Gerichte nicht darauf zurückziehen, nur durch ihre Urteile zu sprechen. In Straßburg müssten die Türen für die Menschen offen stehen, "ein Gericht zum Anfassen", so Seibert-Fohr. Für 820 Millionen Bürger aus 47 Ländern ist der Gerichtshof die letzte Instanz, wenn ihre Menschenrechte missachtet wurden.

Seibert-Fohr, Inhaberin der Hengstberger-Professur für Grund- und Zukunftsfragen des Rechtsstaats in Heidelberg, wird zu Beginn des neuen Jahres nach Straßburg wechseln und dort Angelika Nußberger ablösen, deren Amtszeit nach neun Jahren endet. Die Bundesregierung hatte neben Seibert-Fohr auch Bundesrichterin Christiane Schmaltz und den Gießener Völkerrechtler Thilo Marauhn vorgeschlagen. Die Parlamentarische Versammlung entschied sich am Donnerstag im zweiten Wahlgang klar für Seibert-Fohr.

Seit mehr als zwanzig Jahren forscht die Mutter von drei Kindern, fünfzig Jahre alt, über Menschenrechte und die Folgen ihrer Verletzung. Am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg arbeitete sie mit Rüdiger Wolfrum, der auch ihre Habilitation betreute. In Straßburg treffen unterschiedliche

Rechtstraditionen aufeinander. Ein offener Blick sei wichtig, so Seibert-Fohr. "Die Staaten sind unterschiedlich, deshalb kann auch die Umsetzung der Menschenrechtskonvention unterschiedlich ausfallen." Die deutsche Brille abzulegen, falle ihr nicht schwer, sagt sie. Die Juristin wurde in Washington promoviert.

HELENE BUBROWSKI

Serie: Porträt Politik

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.